

Der Text dieser Satzung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl sind Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt oder in der Studienberatung einsehbare Text bzw. die im Internet unter <https://www.amtliche-bekanntmachungen.uni-bayreuth.de/de/> amtlich bekannt gemachte Satzung. Bitte beachten Sie die Regelungen zum Inkrafttreten in der jeweiligen Änderungssatzung!

Promotionsordnung
für die Bayreuther Graduiertenschule
für Mathematik und Naturwissenschaften/
Bayreuth Graduate School of Mathematical
and Natural Sciences (BayNAT)
vom 25. Januar 2021
in der Fassung der Sammeländerungssatzung
vom 30. März 2023

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 Satz 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Bayreuth folgende Promotionsordnung für die Bayreuther Graduiertenschule für Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Bayreuth, im Folgenden genannt BayNAT:

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen.....	3
§ 1 Doktorgrad.....	3
§ 2 Prüfungsberechtigung	3
§ 3 Durchführung der Promotionsverfahren in den Promotionsprogrammen	4
Abschnitt II: Die ordentliche Promotion	4
§ 4 Antrag auf Annahme zur Promotion	4
§ 5 Statistische Erfordernisse.....	6
§ 6 Mentorat	6
§ 7 Promotionseignungsprüfung	7
§ 8 Betreuung und Betreuungsvereinbarung	8
§ 9 Antrag auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren	9
§ 10 Entscheidung über die Annahme zur Promotion und die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren.....	10
§ 11 Rücktritt.....	11
§ 12 Dissertation.....	11
§ 13 Beurteilung der Dissertation.....	12
§ 14 Prüfungsausschuss.....	14
§ 15 Kolloquium.....	15
§ 16 Gesamtnote der Promotion	16
§ 17 Veröffentlichung der Dissertation	17
§ 18 Urkunde und Vollzug der Promotion	19
Abschnitt III: Ehrenpromotion	20
§ 19 Ehrenpromotion.....	20
Abschnitt IV: Kooperation mit Fachhochschulen/Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW)	21
§ 20 Kooperation mit Fachhochschulen/ Hochschulen für Angewandte Wissenschaften(HAW)	21
Abschnitt V: Binationale Promotion	21
§ 21 Allgemeines	21
§ 22 Prüfungsverfahren in der BayNAT an der Universität Bayreuth	22
§ 23 Prüfungsverfahren an der Partnereinrichtung.....	22
§ 24 Gemeinsame Urkunde	23
Abschnitt VI: Weitere Vorschriften, Inkrafttreten und Übergangsregelung	24
§ 25 Ungültigkeit der Promotion.....	24
§ 26 Einsichtsrecht.....	25
§ 27 Berücksichtigung von Schutzbestimmungen.....	25

§ 28 Berücksichtigung besonderer Belange von Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung und in besonderen Lebenslagen	25
§ 29 Inkrafttreten, Übergangsregelung	26

Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Doktorgrad

- (1) ¹Die Universität Bayreuth verleiht durch die BayNAT den akademischen Grad eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.). ²Der Grad kann wahlweise als Doktorin oder Doktor verliehen werden. ³Die abgekürzte Form bleibt unverändert.
- (2) Die Promotion dient gemäß Art. 97 Abs. 1 Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) dem Nachweis einer eigenständigen wissenschaftlichen Leistung, die erheblich über die Prüfungsleistungen hinausgehen muss, die in § 4 für die Annahme zur Promotion gefordert werden.
- (3) Die Promotionsleistungen bestehen aus einer von der*dem Doktorandin*Doktoranden verfassten wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation), einer mündlichen Prüfung (Kolloquium) und aus der über den Erwerb von Leistungspunkten dokumentierten erfolgreichen Absolvierung der in der Ordnung der BayNAT für die einzelnen Promotionsprogramme spezifizierten Veranstaltungen.
- (4) ¹Die Universität Bayreuth verleiht durch die BayNAT gemäß § 19 den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber (Dr. rer. nat. h. c.) als seltene Auszeichnung an Persönlichkeiten, die sich durch hervorragende wissenschaftliche Leistungen verdient gemacht haben. ²Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 2

Prüfungsberechtigung

¹Prüfungsberechtigte Lehrpersonen (Art. 85 Abs. 1 BayHIG) gemäß dieser Promotionsordnung sind die haupt- und nebenberuflichen Hochschullehrer*innen (Art. 19 Abs. 1 Satz 1 und 3 BayHIG), die entpflichteten oder im Ruhestand befindlichen Professor*innen (Art. 19 Abs. 1 Satz 4 BayHIG) sowie die weiteren nach § 4 Hochschulprüferverordnung (HSchPrüferV) prüfungsberechtigten Lehrpersonen der BayNAT. ²Die Entscheidung, ob ein begründeter Fall nach § 4 Satz 3 HSchPrüferV vorliegt, trifft die*der Direktor*in im Einvernehmen mit dem Leitungsgremium des betroffenen Promotionsprogramms. ³Zu Prüfer*innen können auch Lehrpersonen anderer Fakultäten der Universität Bayreuth oder anderer deutscher oder ausländischer Hochschulen von der*dem Direktor*in bestellt werden, soweit sie die in Art.

85 Abs. 1 BayHIG in Verbindung mit § 4 HSchPrüferV genannten Qualifikationsvoraussetzungen oder gleichwertige Voraussetzungen erfüllen. ⁴Die Beurteilung der Gleichwertigkeit obliegt der*dem Direktor*in. ⁵Für Promotionen, die gemeinsam mit Fachhochschulen/HAWs durchgeführt werden, gilt § 20 und im Rahmen binationaler Promotionen Abschnitt V dieser Satzung.

§ 3

Durchführung der Promotionsverfahren in den Promotionsprogrammen

- (1) Für die Annahme zur Promotion und die Durchführung der Promotionsprüfungsverfahren ist im Auftrag der*des Direktorin*Direktors der Graduiertenschule das Leitungsgremium des jeweiligen Promotionsprogramms zuständig, soweit in dieser Promotionsordnung nichts anderes bestimmt ist.
- (2) ¹Das Leitungsgremium des jeweiligen Promotionsprogramms nimmt Aufgaben einer Promotionskommission wahr. ²Die*der Direktor*in der BayNAT ist berechtigt, an den Sitzungen der Leitungsgremien teilzunehmen.
- (3) ¹Die Entscheidungen des Leitungsgremiums sind der*dem Bewerber*in, der*dem Doktorandin*Doktoranden von der*dem Direktor*in oder seiner*seinem Stellvertreter*in schriftlich mitzuteilen. ²Beschwerende Entscheidungen sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Der Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung richtet sich nach Art. 51 Abs. 2 BayHIG unter Beachtung von Art. 20 und Art. 21 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

Abschnitt II: Die ordentliche Promotion

§ 4

Antrag auf Annahme zur Promotion

- (1) Für die Annahme zur Promotion muss die*der Bewerber*in folgende Voraussetzungen erfüllen:
 1. Sie*er muss ein Hochschulstudium mit fachlichem Bezug zum jeweiligen Promotionsprogramm abgeschlossen haben; Regelabschluss ist die universitäre Diplom- oder Magisterprüfung, die Masterprüfung oder die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien. Das Leitungsgremium eines Promotionsprogramms kann auch andere Studienabschlüsse und Studienabschlüsse in verwandten Fächern als ausreichende Voraussetzung zur Promotion anerkennen und gegebenenfalls zusätzliche Leistungen fordern. Es entscheidet auch

über die Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse. In diesen Fällen entscheidet das Leitungsgremium nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit unter Beachtung von Art. 86 BayHIG. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Die Voraussetzung gemäß Satz 1 gilt als erfüllt, wenn die*der Bewerber*in die Promotionseignungsprüfung gemäß § 7 bestanden hat.

2. Sie*er darf nicht diese oder eine andere gleichartige Doktorprüfung endgültig nicht bestanden haben.
 3. Die*der Bewerber*in muss mit einer prüfungsberechtigten Lehrperson gemäß § 2 Satz 1 eine Betreuungsvereinbarung gemäß § 8 abgeschlossen haben; ein Anspruch auf das Zustandekommen einer Betreuungsvereinbarung besteht nicht.
 4. Sie*er darf sich nicht durch ihr*sein Verhalten der Führung des Doktorgrades als unwürdig erwiesen haben.
 5. Sie*er darf nicht bereits in einem anderen Promotionsprogramm der BayNAT oder anderweitig zu einer Promotion mit gleichem fachlichem Schwerpunkt angenommen sein.
- (2) ¹Fast-Track-Zugang: Alternativ zu Abs. 1 Nr. 1 kann die Annahme zur Promotion auch beantragt werden, wenn die*der Kandidat*in ein Hochschulstudium mit Bezug zum Promotionsprogramm mit einer weit überdurchschnittlichen Leistung abgeschlossen hat und in einem Masterstudiengang der Universität Bayreuth mit Bezug zum Promotionsprogramm zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens 27 Leistungspunkte erworben hat. ²Die Annahme zur Promotion im Fast-Track-Verfahren muss von der*dem Kandidatin*Kandidaten und einer prüfungsberechtigten Lehrperson gemäß § 2 dieser Ordnung beim Leitungsgremium des zuständigen Promotionsprogramms schriftlich beantragt werden. ³Sie kann von der Erbringung zusätzlicher Leistungen abhängig gemacht werden. ⁴Für den Fast-Track-Zugang ist ein Eignungsverfahren zu durchlaufen, das in den Ordnungen der einzelnen Promotionsprogramme geregelt wird. ⁵Bis zur Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren müssen 60 Leistungspunkte aus dem Masterstudiengang erbracht worden sein. ⁶Der Erwerb des akademischen Grades „Master of Science“ richtet sich nach der Prüfungsordnung des jeweiligen Masterstudiengangs der an der Bayreuther Graduiertenschule für Naturwissenschaften (BayNAT) beteiligten Fakultäten.
- (3) ¹Die Annahme zur Promotion einschließlich der Aufnahme in ein Promotionsprogramm ist schriftlich bei der*dem Vorsitzenden des jeweiligen Leitungsgremiums zu beantragen. ²Dem Antrag sind die zum Nachweis der in Abs. 1 genannten Voraussetzungen erforderlichen Unterlagen beizufügen. ³Mit dem Antrag muss sich die*der Bewerber* online registrieren und das Dekanat der Fakultät I oder II der Universität Bayreuth bestätigt die Registrierung als Bewerber*in in der BayNAT.

- (4) Die Promotion beginnt mit dem Datum der schriftlichen Bestätigung der Annahme zur Promotion durch die*den Direktor*in der BayNAT.

§ 5

Statistische Erfordernisse

- (1) ¹Mit dem Antrag auf Annahme zur Promotion werden zur Umsetzung der im Hochschulstatistikgesetz (HStatG) vom 2. November 1990 in der jeweils gültigen Fassung geregelten Erhebungspflichten der Universität personenbezogene Daten der*des Doktorandin*Doktoranden entsprechend den in § 5 des HStatG geregelten Erhebungsmerkmalen von der Fakultät, der das jeweilige Promotionsprogramm zugeordnet ist, erhoben, automatisiert gespeichert und zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben sowie für Zwecke der Gesetzgebung und Planung im Hochschulbereich gemäß § 1 Abs. 1 des HStatG im Rahmen der Promotion verarbeitet. ²Die*der Bewerber*in ist insoweit zur Mitwirkung und zur Angabe von personenbezogenen Daten verpflichtet (Art. 7 Abs. 2 Satz 4 BayHIG).
- (2) ¹Eine regelmäßige Übermittlung bzw. Weitergabe erfolgt an das Bayerische Landesamt für Statistik bezogen auf die Erhebungsmerkmale des Hochschulstatistikgesetzes vom 2. November 1990 sowie an die Universitätsverwaltung zum Zweck der Darstellung der Hochschulstatistik. ²Die Nutzung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt unter den Voraussetzungen des Art. 7 BayHIG.

§ 6

Mentorat

- (1) ¹Die*der Direktor*in bestellt für jede*n Doktorandin*Doktoranden ein in der Regel dreiköpfiges Mentorat. ²Dem Mentorat gehört mindestens ein*e Professor*in der Graduiertenschule nach Art. 19 Abs. 1 Satz 1 BayHIG an. ³Ein*e externe Mentor*in kann auf Antrag bestellt werden; über die Zulassung entscheidet die*der Direktor*in. ⁴Den Vorsitz übernimmt in der Regel die*der Hochschullehrer*in, mit der*dem die Betreuungsvereinbarung gemäß § 8 geschlossen wurde. ⁵Kann ein Mitglied des Mentorats die Arbeit nicht mehr betreuen, so benennt die*der Direktor*in auf Vorschlag des Leitungsgremiums des zuständigen Promotionsprogramms ein Ersatzmitglied.
- (2) ¹Die Aufgabe des Mentorats ist die Beratung der*des Doktorandin*Doktoranden in der Forschung, bei der Auswahl von Lehrveranstaltungen und möglichen Auslandsaufenthalten sowie

Vorschläge für die Anerkennung von Leistungen entsprechend den Regelungen im Promotionsprogramm. ²Das Mentorat trifft sich dazu regelmäßig mit der*dem Doktorandin*Doktoranden.

§ 7

Promotionseignungsprüfung

- (1) Sofern in der Ordnung des betreffenden Promotionsprogramms keine anderen Regelungen getroffen sind, setzt die Zulassung zur Promotionseignungsprüfung voraus, dass die*der Bewerber*in die in § 4 Abs. 1 Nr. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt und
1. einen einschlägigen Diplom- oder Magisterstudiengang an einer Fachhochschule mindestens mit der Gesamtnote „2,0“ oder einen einschlägigen Bachelorstudiengang an einer Universität oder Fachhochschule innerhalb der Regelstudienzeit mit der Gesamtnote „1,0“ bestanden hat,
 2. eine Bachelor-, Diplom- oder Magisterarbeit angefertigt hat, die mit der Note „sehr gut“ bewertet wurde,
 3. sich nicht bereits einer einschlägigen Promotionseignungsprüfung oder einer vergleichbaren Prüfung an einer anderen deutschen Hochschule ohne Erfolg unterzogen hat,
 4. dass ein Beratungsgespräch mit der*dem Bewerber*in stattgefunden hat, das von einer seitens des Leitungsgremiums bestimmten prüfungsberechtigten Lehrperson geführt und protokolliert wird.
- (2) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Promotionseignungsprüfung ist schriftlich bei der*dem Vorsitzenden des Leitungsgremiums einzureichen. ²Dem Antrag muss die*der Bewerber*in folgende Unterlagen beifügen:
1. die Nachweise über das Vorliegen der in Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 4 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 2. eine Erklärung darüber, ob sie*er sich bereits einer Promotionseignungsprüfung oder einer vergleichbaren Prüfung an einer anderen Hochschule unterzogen hat.
- ³Darüber hinaus kann die*der Bewerber*in weitere Unterlagen vorlegen, mit denen über die Studienabschlüsse hinausgehende fachbezogene Qualifikationen belegt werden können.
- (3) ¹Über die Zulassung zur Promotionseignungsprüfung entscheidet das Leitungsgremium des jeweiligen Promotionsprogramms. ²Die Zulassung ist zu versagen, wenn
1. die in Abs. 1 geforderten Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind oder

2. die*der Bewerber*in sich aufgrund ihres*seines Verhaltens der Führung des Doktorgrades als unwürdig erwiesen hat oder
 3. die*der Bewerber*in die in Abs. 2 Satz 2 genannten Unterlagen und Erklärungen nicht vollständig vorlegt.
- (4) In der Promotionseignungsprüfung muss die*der Bewerber*in nachweisen, dass sie*er über die Fachkenntnisse und die wissenschaftliche Befähigung verfügt, die für eine Promotion erforderlich sind.
- (5) ¹Sofern in der Ordnung des betreffenden Promotionsprogramms keine anderen Regelungen getroffen sind, besteht die Promotionseignungsprüfung aus einer etwa einstündigen mündlichen Prüfung vor einem Prüfungskollegium. ²Das Prüfungskollegium setzt sich zusammen aus drei prüfungsberechtigten Lehrpersonen des jeweiligen Promotionsprogramms. ³Die*der Vorsitzende des Leitungsgremiums des Promotionsprogramms bestellt das Prüfungskollegium und bestimmt eine*n Prüfer*in als Vorsitzende*n. ⁴Sie*er setzt den Termin der Prüfung fest und lädt die Mitglieder des Prüfungskollegiums und die*den Bewerber*in mit einer Frist von einer Woche zu dem Termin. ⁵§ 15 Abs. 7 gilt entsprechend.
- (6) ¹In der Promotionseignungsprüfung werden keine Noten vergeben. ²Das Prüfungskollegium stellt fest, ob die Leistungen der*des Bewerberin*Bewerbers den Anforderungen nach Abs. 4 genügen. ³Genügen die Leistungen diesen Anforderungen nicht, so ist die Promotionseignungsprüfung nicht bestanden. ⁴Über die Prüfung wird ein Protokoll erstellt, das von der*dem Vorsitzenden und den Prüferinnen*Prüfern unterzeichnet wird. ⁵§ 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
- (7) ¹Eine nicht bestandene Promotionseignungsprüfung kann einmal wiederholt werden. ²Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung muss innerhalb eines Jahres nach Mitteilung des Nichtbestehens der Prüfung eingereicht werden, sofern die*der Vorsitzende des Leitungsgremiums der*dem Bewerber*in nicht wegen besonderer von ihr*ihm nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt.
- (8) Nach erfolgreich bestandener Eignungsprüfung und Vorliegen der Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 bis 5 dieser Satzung erhält die*der Bewerber*in durch die BayNAT eine schriftliche Bestätigung über die Annahme zur Promotion.

§ 8

Betreuung und Betreuungsvereinbarung

- (1) ¹Die Promotion wird von einer prüfungsberechtigten Lehrperson betreut. ²Diese und die*der Bewerber*in halten die wesentlichen Eckpunkte des Promotionsverhältnisses in einer schriftlichen Betreuungsvereinbarung fest.

- (2) ¹Scheidet die*der Betreuer*in aus dem Personenkreis gemäß § 2 Satz 1 aus, so kann sie*er bis zu zwei Jahren nach ihrem*seinem Ausscheiden die Betreuung fortführen, wenn sie*er unter den Voraussetzungen des Art. 85 Abs. 1 BayHIG in Verbindung mit § 4 HSchPrüferV prüfungsberechtigt bleibt. ²Die*der Direktor*in der BayNAT kann bei Vorliegen wichtiger Gründe die Frist gemäß Satz 1 um höchstens zwei Jahre verlängern.
- (3) Kann die*der Betreuer*in einer Promotion diese nicht mehr weiter betreuen, so sorgt das Leitungsgremium des Promotionsprogramms im Rahmen des Möglichen für eine Weiterbetreuung der Promotion.
- (4) ¹Bei Promotionen mit Fachhochschulen/HAWs (§ 20) wird die Dissertation von den beteiligten prüfungsberechtigten Lehrpersonen der Fachhochschule/HAW und der Universität gleichberechtigt betreut und die Betreuungsvereinbarung von ihnen gemeinsam mit der*dem Bewerber*in abgeschlossen. ²Abs. 1 und Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 9

Antrag auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren

¹Die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren ist schriftlich bei der*dem Direktor*in der BayNAT zu beantragen und setzt die Annahme zur Promotion voraus. ²Dem Antrag sind beizufügen:

1. sechs gleichlautende Exemplare der Dissertation, die den Anforderungen gemäß § 12 entsprechen muss,
2. eine deutsche und eine englische Kurzfassung von maximal 800 Wörtern, mit Titel in einer von der*dem Direktor*in der BayNAT vorgegebenen, für den elektronischen Versand geeigneten Form,
3. eine eidesstattliche Versicherung, dass die*der Doktorand*in die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die von ihr*ihm angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat (vgl. Art. 97 Abs. 1 Satz 8 BayHIG) sowie eine aktualisierte Erklärung, dass sie*er die Dissertation nicht bereits zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht hat und dass sie*er nicht bereits diese oder eine gleichartige Doktorprüfung endgültig nicht bestanden hat,
4. eine Erklärung, dass Hilfe von gewerblichen Promotionsberatern bzw. -vermittlern oder ähnlichen Dienstleistern weder bisher in Anspruch genommen wurde noch künftig in Anspruch genommen wird,
5. ein Lebenslauf der*des Doktorandin*Doktoranden der insbesondere über den Bildungsweg Aufschluss gibt,

6. ein amtliches Führungszeugnis. Bei Ausländer*innen kann ein von der Universität Bayreuth als gleichwertig anerkannter Nachweis vorgelegt werden. Dies kann ein Auszug aus dem Strafregister des Heimatstaates, ein Leumundszeugnis oder eine vergleichbare Urkunde sein. Falls die*der Doktorand*in oder der Doktorand immatrikuliert ist oder im Staatsdienst steht, kann auf das Führungszeugnis verzichtet werden.
7. die elektronische Fassung der Dissertation sowie eine Einverständniserklärung der*des Doktorandin*Doktoranden, dass die elektronische Fassung der Dissertation unter Wahrung ihrer*seiner Urheberrechte und des Datenschutzes einer gesonderten Überprüfung unterzogen werden kann,
8. eine Einverständniserklärung der*des Bewerberin*Bewerbers, dass bei Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens Ermittlungen durch universitätsinterne Organe der wissenschaftlichen Selbstkontrolle stattfinden können.
9. der Nachweis über die in der Ordnung des jeweiligen Promotionsprogramms festgelegten Leistungen,
10. der Nachweis über evtl. zusätzlich zu erbringende Leistungen gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1.

§ 10

Entscheidung über die Annahme zur Promotion und die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren

- (1) Die Annahme zur Promotion ist zu versagen, wenn die in § 4 Abs. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.
- (2) Die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren ist zu versagen, wenn
 1. keine Annahme zur Promotion erfolgt ist oder
 2. die in § 9 geforderten Unterlagen unvollständig sind oder
 3. die*der Doktorand*in sich aufgrund ihres*seines Verhaltens der Führung des Doktorgrades als unwürdig erwiesen hat.
- (3) ¹Das Leitungsgremium soll innerhalb eines Monats über die Anträge der*des Bewerberin*Bewerbers/der*des Doktorandin*Doktoranden entscheiden. ²Die Entscheidungen über die Anträge auf Annahme zur Promotion und auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren werden der*dem Bewerber*in/der*dem Doktorandin*Doktoranden gemäß § 3 Abs. 3 mitgeteilt. ³Die*der Vorsitzende des Leitungsgremiums soll im Promotionsprüfungsverfahren darauf hinwirken, dass die

Dauer zwischen dem Antrag auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren und dem Abschlusskolloquium einen Zeitrahmen von vier Monaten nicht überschreitet.

§ 11

Rücktritt

¹Die*der Doktorand*in kann jederzeit von der Promotion zurücktreten, sofern noch kein Antrag auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren gestellt ist. ²Das Rücktrittsgesuch ist schriftlich an die*den Direktor*in der BayNAT zu richten. ³Die*der Direktor*in informiert die Mentor*innen über den Eingang und gibt ihnen Gelegenheit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen Stellung zu nehmen. ⁴Mit der Bestätigung des Gesuchs nach Ablauf dieser Frist durch die*den Direktor*in gilt die Betreuungsvereinbarung als aufgehoben.

§ 12

Dissertation

- (1) ¹Die Dissertation muss eine selbstständige wissenschaftliche Leistung der*des Doktorandin*Doktoranden sein und zur Lösung von wissenschaftlichen Problemen beitragen. ²Sie soll zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen führen. ³Sie muss die erzielten Ergebnisse in angemessener Form darstellen.
- (2) ¹Die Dissertation muss unterschrieben und in Maschinschrift vorgelegt werden; sie muss gebunden, paginiert und mit einem Inhaltsverzeichnis versehen sein und eine deutsche und englische Kurzfassung von maximal 800 Wörtern enthalten, die über Problemstellung und Ergebnisse Auskunft gibt. ²Die benutzte Literatur sowie sonstige Hilfsquellen sind vollständig anzugeben; wörtlich oder nahezu wörtlich dem Schrifttum entnommene Stellen sind kenntlich zu machen. ³Aus dem Titelblatt muss der Titel der Dissertation, dass es sich um eine Dissertation handelt, und Name und Geburtsort der*des Doktorandin*Doktoranden hervorgehen. ⁴Die Leitungsgremien der Promotionsprogramme können darüber hinaus gehende Empfehlungen für die Gestaltung der Titelseiten der Dissertationen ihres Programms abgeben. ⁵Die Dissertation ist zusätzlich in elektronischer Fassung, deren Form von der*dem Direktor*in der BayNAT vorgegeben wird, vorzulegen.
- (3) Wird eine bereits publizierte Arbeit als Dissertation eingereicht, so kann anstelle der maschinengeschriebenen Exemplare die entsprechende Anzahl von Belegexemplaren der gedruckten Arbeit treten.

- (4) ¹Es können auch mehrere Einzelarbeiten einer*eines Doktorandin*Doktoranden zu einer Dissertation zusammengefasst werden (kumulative Dissertation). ²In diesem Fall soll in einer ausführlichen Zusammenfassung die Verbindung zwischen den einzelnen Arbeiten sowie der Eigenanteil der*des Doktorandin*Doktoranden dargestellt werden. ³Die Entscheidung, ob eine kumulative Promotion als geeignet erscheint, trifft das Leitungsgremium des Promotionsprogramms. ⁴In den Ordnungen der Promotionsprogramme können die Anforderungen festgelegt werden.
- (5) ¹Die Dissertation wird in deutscher oder englischer Sprache abgefasst. ²Bei kumulativen Dissertationen sind Veröffentlichungen in beiden Sprachen zulässig.

§ 13

Beurteilung der Dissertation

- (1) ¹Nach der Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren bestellt die*der Direktor*in der BayNAT auf Vorschlag des Leitungsgremiums des Promotionsprogramms zur Beurteilung der Dissertation unverzüglich mindestens zwei prüfungsberechtigte Lehrpersonen als Gutachter*innen. ²Eine*r der Gutachter*innen muss eine prüfungsberechtigte Lehrperson des jeweiligen Promotionsprogramms sein und mindestens ein*e Gutachter*in muss ein*e Professor*in im Sinne des Art. 19 Abs. 1 Satz 1 BayHIG sein, die*der die Prüfungsberechtigung nach § 2 besitzt. ³Bei Promotionen mit Fachhochschulen/HAWs (§ 20) werden in der Regel die beiden gleichberechtigten Betreuer*innen der Fachhochschule und der Universität zu Gutachter*innen bestellt.

- (2) ¹Jede*r Gutachter*in gibt in der Regel innerhalb von einem Monat, spätestens jedoch binnen zwei Monaten nach der Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren ein schriftliches Gutachten über die Dissertation ab und schlägt der*dem Direktor*in die Annahme der Dissertation oder ihre Ablehnung vor. ²Jede*r Gutachter*in bewertet die Dissertation und erteilt ein Prädikat nach folgendem Schema:

sehr gut = 1 = eine besonders anzuerkennende Leistung;

gut = 2 = eine den Durchschnitt überragende Leistung;

befriedigend = 3 = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen genügt;

unzulänglich = 4 = eine an erheblichen Mängeln leidende, insgesamt nicht mehr brauchbare Leistung.

³Die Verwendung der Zwischennoten 1,3, 1,7, 2,3, 2,7 ist zulässig.

⁴In besonderen Fällen kann das Prädikat

ausgezeichnet = eine ganz hervorragende Leistung

erteilt werden. ⁵Bei der Berechnung der Note wird dieses Prädikat mit der Bewertung 0 eingesetzt.

- (3) ¹Die*der Direktor*in des BayNAT bestellt auf Vorschlag des Leitungsgremiums des Promotionsprogramms eine*n weitere*n Gutachter*in, wenn die Gutachten um mehr als eine Note in der Bewertung abweichen. ²Das gleiche gilt, wenn ein*e Gutachter*in die Bestellung einer*eines weiteren Gutachterin*Gutachters vorschlägt. ³Wurde die Dissertation von mehreren betreuenden Personen begutachtet, bestellt die*der Direktor*in eine*n weitere*n Gutachter*in. ⁴Falls die Dissertation insgesamt mit dem Prädikat „ausgezeichnet“ bewertet wurde, kann die*der Direktor*in auf Vorschlag des Leitungsgremiums des zuständigen Promotionsprogramms eine*n weitere*n Gutachter*in bestellen.
- (4) Die*der Direktor*in kann zu jedem beliebigen Zeitpunkt des Verfahrens in Abstimmung mit dem Leitungsgremium des zuständigen Promotionsprogramms weitere Gutachter*innen bestellen.
- (5) ¹Die*der Direktor*in informiert die prüfungsberechtigten Mitglieder der Graduiertenschule in geeigneter Weise über den Eingang der Gutachten und über die Noten der Gutachter*innen. ²Mit der Benachrichtigung wird die Kurzfassung der Dissertation versandt. ³Auf begründeten Antrag wird die elektronische Fassung der Dissertation nach Rücksprache mit den Unterzeichnern der Betreuungsvereinbarung versandt, wobei die Urheberrechte und der Datenschutz zu wahren sind. ⁴Die*der Direktor*in legt die Dissertation und die Gutachten im Dekanat der Fakultät, von der das Promotionsprogramm getragen wird, zwei Wochen für die Mitglieder der Graduiertenschule zur Einsichtnahme aus. ⁵Diese können innerhalb der Auslagefrist bei der*dem Direktor*in eine schriftliche Stellungnahme abgeben oder Einspruch gegen die Promotion erheben. ⁶Über fristgerecht eingegangene Stellungnahmen und Einsprüche berät das Leitungsgremium des zuständigen Promotionsprogramms. ⁷Es gibt der*dem Doktorandin*Doktoranden und der*dem Betreuer*in bzw. dem Betreuer die Möglichkeit zur Stellungnahme. ⁸Danach kann es entweder die Einsprüche einstimmig ablehnen, oder es kann die Dissertation zur Umarbeitung zurückgeben, oder es kann über die*den Direktor*in ein weiteres oder mehrere weitere Gutachten einholen.
- (6) ¹Wird die Dissertation von allen Gutachter*innen zur Annahme vorgeschlagen und wurde sie nicht vom Leitungsgremium zur Umarbeitung zurückgegeben, so ist sie angenommen. ²Wird sie von allen Gutachter*innen abgelehnt, so ist sie abgelehnt. ³Besteht bei den Gutachter*innen keine Einstimmigkeit über die Annahme oder Ablehnung der Dissertation, so entscheidet das Leitungsgremium. ⁴Bei der Bewertung der Dissertation wird das arithmetische Mittel der in den Gutachten vergebenen Einzelnoten gebildet und nur die erste Nachkommastelle ohne Rundung berücksichtigt. ⁵Ergibt sich auf diese Weise für eine angenommene Dissertation eine Gesamtnote schlechter als 3, so wird die Dissertation mit Note 3 bewertet.
- (7) ¹Ist die Dissertation abgelehnt, so kann die*der Doktorand*in innerhalb von zwei Jahren nach der Bekanntgabe der Ablehnung eine neue Dissertation vorlegen. ²Für das weitere Verfahren gelten die Abs. 1 bis 6. ³Wenn die*der Doktorand*in innerhalb der in Satz 1 genannten Frist keine neue

Dissertation vorlegt oder auch die neue Dissertation abgelehnt wird, ist das Promotionsprüfungsverfahren ohne Erfolg beendet. ⁴§ 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend. ⁵Das Leitungsgremium kann der*dem Doktorandin*Doktoranden eine Dissertation, die abgelehnt werden müsste, zur Umarbeitung zurückgeben. ⁶Die*der Doktorand*in kann in diesem Fall anstelle der Umarbeitung auch eine neue Dissertation vorlegen. ⁷Die umgearbeitete oder die neue Dissertation muss innerhalb der in Abs. 7 Satz 1 genannten Frist beim Leitungsgremium vorliegen. ⁸Eine umgearbeitete Dissertation wird von den für die ursprüngliche Dissertation bestellten Gutachter*innen beurteilt, soweit diese noch zur Verfügung stehen; im Übrigen gelten die Abs. 1 bis 6. ⁹Wenn die*der Doktorand*in die umgearbeitete oder die neue Dissertation nicht fristgerecht vorlegt oder auch die umgearbeitete oder die neue Dissertation abgelehnt wird, ist das Promotionsprüfungsverfahren ohne Erfolg beendet. ¹⁰§ 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

- (8) ¹Werden von den Gutachter*innen oder den Mitgliedern des Leitungsgremiums des zuständigen Promotionsprogramms Mängel der Dissertation festgestellt, die gleichwohl eine Ablehnung der Arbeit nicht rechtfertigen, so kann der*dem Doktorandin*Doktoranden eine entsprechende Korrektur auferlegt werden. ²Die Gutachter*innen bestätigen bei der Abgabe der Pflichtexemplare, dass die Korrekturen vorgenommen wurden.

§ 14

Prüfungsausschuss

- (1) ¹In angemessener Frist nach Annahme der Dissertation gemäß § 13 Abs. 6 dieser Satzung findet ein wissenschaftliches Kolloquium (§ 15) vor dem Prüfungsausschuss statt. ²Dem Prüfungsausschuss gehören an:

1. eine prüfungsberechtigte Lehrperson der BayNAT, die nicht Gutachter*in sein darf, als Vorsitzende*r,
2. die Gutachter*innen, wobei Gutachter*innen im Sinne von § 13 Abs. 3 und 4 die Teilnahme am Kolloquium freisteht,
3. mindestens eine weitere prüfungsberechtigte Lehrperson im Sinne von § 2.

³Ist ein*e Gutachter*in im Sinne von Satz 2 Nr. 2 gehindert, am weiteren Verfahren teilzunehmen, so wird, sofern dadurch weniger als zwei Gutachter*innen mitwirken, für sie*ihn eine prüfungsberechtigte Lehrperson im Sinne von § 2 zum Mitglied des Prüfungsausschusses bestellt.

- (2) ¹Die*der Vorsitzende und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses werden von der*dem Direktor*in auf Vorschlag des Leitungsgremiums unverzüglich nach Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren bestellt. ²Die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses wird der*dem Doktorandin*Doktoranden schriftlich mitgeteilt.

§ 15

Kolloquium

- (1) Das Kolloquium ist eine wissenschaftliche Aussprache über die Dissertation und verwandte Fachgebiete.
- (2) ¹Die*der Direktor*in bestimmt im Einvernehmen mit der*dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses den Termin des Kolloquiums. ²Die*der Doktorand*in und die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind schriftlich mindestens vierzehn Tage vor Beginn des Kolloquiums zu laden. ³Das Leitungsgremium kann im Einvernehmen mit der*dem Bewerber*in diese Ladungsfrist verkürzen.
- (3) ¹Das Kolloquium dauert mindestens sechzig, jedoch höchstens einhundertzwanzig Minuten und ist universitätsöffentlich. ²Es wird in deutscher oder englischer Sprache abgehalten. ³Das Kolloquium gliedert sich in einen Vortrag über die Dissertation von ca. 20 Minuten bis höchstens 30 Minuten und eine wissenschaftliche Aussprache. ⁴Das Kolloquium wird von der*dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses geleitet. ⁵Zum Kolloquium werden außer den Mitgliedern des Prüfungsausschusses alle prüfungsberechtigten Lehrpersonen im Sinne von § 2 geladen. ⁶Die*der Doktorand*in kann innerhalb von einer Woche nach der Ladung bestimmen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. ⁷Die*der Betreuer*in gemäß § 8 kann den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragen, falls patentrechtliche Belange berührt werden.
- (4) ¹In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei Binationalen Promotionen (Abschnitt V), kann die*der Direktor*in auf Antrag des zuständigen Leitungsgremiums die Teilnahme einzelner Prüfer*innen am Kolloquium über Videokonferenz genehmigen. ²Vor der Genehmigung muss die schriftliche Zustimmung der*des Doktorandin*Doktoranden vorliegen. ³Die Mehrheit der Prüfer*innen sowie alle Prüfer*innen, die Mitglied der Universität Bayreuth sind, müssen persönlich anwesend sein. ⁴Die Einhaltung der Datenschutzvorgaben ist erforderlich, insbesondere sind sichere Übertragungswege, wie z. B. über DFN, für die Videokonferenz zu nutzen. ⁵Die*der Vorsitzende stellt den ordnungsgemäßen Ablauf des Kolloquiums sicher.
- (5) ¹Die Benotung des Kolloquiums erfolgt nach gemeinsamer nichtöffentlicher Aussprache der Prüfer*innen und richtet sich nach der Notenskala gemäß § 13 Abs. 2 Sätze 2 bis 5. ²Bei der Bewertung des Kolloquiums wird das arithmetische Mittel der Einzelnoten gebildet und nur die erste Nachkommastelle ohne Rundung berücksichtigt. ³Erreicht ein*e Doktorand*in im Kolloquium nicht mindestens die Note „befriedigend“ (3,0), so ist das Kolloquium nicht bestanden.
- (6) ¹Über den Verlauf des Kolloquiums und die Feststellung der Gesamtnote der Promotion ist eine Niederschrift dieser Satzung zu fertigen. ²Die Niederschrift muss Angaben enthalten über
 1. den Tag des Kolloquiums,

2. die Namen der*des Vorsitzenden und der übrigen Prüfer*innen,
3. den Namen der*des Doktorandin*Doktoranden,
4. den Gegenstand der Prüfung,
5. die Noten der Dissertation und des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Promotion gem. § 16.

³Die Niederschrift ist von der*dem Vorsitzenden und den Prüfer*innen zu unterzeichnen.

- (7) ¹Die*der Doktorand*in kann das nicht bestandene Kolloquium einmal wiederholen. ²Der Antrag auf Wiederholung muss der*dem Direktor*in innerhalb eines Jahres nach der Mitteilung des Nichtbestehens des Kolloquiums vorliegen. ³In besonderen Ausnahmefällen kann die*der Direktor*in in Absprache mit dem Leitungsgremium eine zweite Wiederholung des nicht bestandenen Kolloquiums zulassen; ein hierauf gerichteter Antrag der*des Doktorandin*Doktoranden muss der*dem Direktor*in innerhalb von sechs Monaten nach der Mitteilung des wiederholten Nichtbestehens des Kolloquiums vorliegen. ⁴Das Promotionsprüfungsverfahren ist ohne Erfolg beendet, wenn die*der Doktorand*in den Antrag auf Wiederholung nicht innerhalb der in den Sätzen 2 und 3 genannten Fristen stellt oder das Leitungsgremium eine zweite Wiederholung des Kolloquiums nicht zulässt oder die*der Doktorand*in das Kolloquium auch bei der zweiten Wiederholung nicht besteht; § 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

- (8) ¹Wenn die*der Doktorand*in zu dem Termin des Kolloquiums nicht erscheint oder nach Beginn des Kolloquiums von diesem zurücktritt, muss sie*er der*dem Direktor*in die Gründe für das Versäumnis oder den Rücktritt unverzüglich schriftlich anzeigen und glaubhaft machen. ²Im Fall einer Erkrankung der*des Doktorandin*Doktoranden kann die*der Direktor*in die Vorlage eines ärztlichen oder eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangen. ³Hat die*der Doktorand*in die Gründe für das Versäumnis oder den Rücktritt nicht zu vertreten, so bestimmt die*der Direktor*in gemäß Abs. 2 einen neuen Termin. ⁴Wenn die*der Doktorand*in die Gründe für das Versäumnis oder den Rücktritt nicht unverzüglich gemäß Satz 1 anzeigt und glaubhaft macht oder diese Gründe zu vertreten hat, gilt das Kolloquium als nicht bestanden; § 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 16

Gesamtnote der Promotion

- (1) Ist das Kolloquium bestanden, so stellt der Prüfungsausschuss die Gesamtnote der Promotion fest.

- (2) ¹Die Gesamtnote der Promotion wird folgendermaßen berechnet: Zunächst werden jeweils die arithmetischen Mittel der Einzelnoten der Dissertation bzw. des Kolloquiums getrennt voneinander berechnet. ²Der berechnete Wert wird jeweils ohne Rundung hinter der ersten Nachkommastelle abgeschnitten. ³Anschließend werden der doppelte Wert für die Dissertation und der einfache Wert für das Kolloquium aufsummiert und durch drei geteilt. ⁴Der berechnete Gesamtwert wird hinter der ersten Nachkommastelle ohne Rundung abgeschnitten. ⁵Für die Gesamtnote gilt folgendes Bewertungsschema:

0 summa cum laude (mit Auszeichnung)

0,1 bis 1,5 magna cum laude (sehr gut)

1,6 bis 2,5 cum laude (gut)

2,6 bis 3,0 rite (befriedigend)

- (3) Die Gesamtnote ist der*dem Doktorandin*Doktoranden im Anschluss an das Kolloquium von der*dem Prüfungsausschussvorsitzenden mündlich zu eröffnen.
- (4) ¹Über das Ergebnis der bestandenen Prüfung erteilt die*der Direktor*in der*dem Doktorandin*Doktoranden einen schriftlichen Zwischenbescheid. ²Dieser Zwischenbescheid berechtigt nicht zur Führung des Doktorgrades.

§ 17

Veröffentlichung der Dissertation

- (1) ¹Die*der Doktorand*in muss die Dissertation der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich machen. ²Bereits publizierte Arbeiten gemäß § 12 Abs. 3 dieser Satzung müssen nicht erneut veröffentlicht werden.
- (2) ¹Vor der Veröffentlichung der Dissertation ist die Druckgenehmigung einzuholen (§ 13 Abs. 8 Satz 2). ²Mit der Ablieferung der elektronischen Version bzw. der Pflichtexemplare hat die*der Doktorand*in eine schriftliche Erklärung darüber abzugeben, dass die elektronische Version bzw. die Pflichtexemplare inhaltlich mit der Fassung übereinstimmen, für die die Druckgenehmigung erteilt wurde.
- (3) ¹Zum Zweck der Veröffentlichung muss die*der Doktorand*in innerhalb eines Jahres nach dem Kolloquium entsprechend der von ihr oder ihm gewählten Veröffentlichungsart die vorgeschriebene Anzahl Exemplare unentgeltlich bei der*dem Direktor*in abliefern. ²Zur Wahl stehen folgende Veröffentlichungsarten:
1. 40 Exemplare in Buch- oder Fotodruck zum Zweck der Verbreitung.

2. 6 Exemplare, wenn die Dissertation im Wesentlichen ungekürzt in einer wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht wird.
 3. 6 Exemplare, wenn ein gewerblicher Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt. Die Publikation muss eine ISBN- oder ISSN-Nummer führen und auf der Rückseite des Titelblatts die Kennzeichnung als Dissertation unter Angabe des Dissertationsortes enthalten.
 4. 3 Exemplare in gedruckter, gebundener Form und eine elektronische Version, deren Dateiformat und Art der Datenübertragung mit der Universitätsbibliothek der Universität Bayreuth abzustimmen sind. Die Publikation muss eine Kurzfassung (Abstract) in deutscher und englischer Sprache enthalten. Die*der Doktorand*in versichert schriftlich, dass die elektronische Version der angenommenen Dissertation inklusive der Korrekturen gemäß §13 Abs. 8 entspricht, und räumt der Universitätsbibliothek der Universität Bayreuth und der DDB (Die Deutsche Bibliothek) das Recht ein, diese Version zu speichern, in Datennetzen unbefristet zu veröffentlichen und sie anderen Datenbanken zugänglich zu machen. Die*der Doktorand*in ist verpflichtet, die Metadaten und die Netzversion ihrer*seiner Dissertation nach der Bearbeitung durch die Universitätsbibliothek auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Lesbarkeit zu prüfen. Die Abgabe von Dateien, die den geforderten Vorgaben hinsichtlich Dateiformat und Datenübertragung nicht entsprechen, gilt nicht als Veröffentlichung.
- (4) Die*der Doktorand*in überträgt der Universität Bayreuth schriftlich das Recht zur Veröffentlichung – auch in Datennetzen – ihres*seines Namens, des Themas der Dissertation, der Kurzfassung, des Tages der Einreichung und des Tages des Kolloquiums, für den Fall, dass sie*er eine Veröffentlichungsart nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 gewählt hat, auch das Recht, weitere Kopien von ihrer oder seiner Dissertation herzustellen und zu verbreiten.
 - (5) Das Leitungsgremium kann die Frist zur Ablieferung der Pflichtexemplare auf Antrag der*des Doktorandin*Doktoranden verlängern.
 - (6) ¹Versäumt die*der Doktorand*in durch ihr*sein Verschulden die Frist zur Ablieferung der Pflichtexemplare, so erlöschen alle durch den erfolgreichen Abschluss des Prüfungsverfahrens erworbenen Rechte. ²§ 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
 - (7) In den Fällen des Abs. 3 Satz 2 Nrn. 2 und 3 kann die*der Direktor*in die Ablieferungsfrist als eingehalten ansehen, wenn durch eine verbindliche Erklärung des Herausgebers der Zeitschrift beziehungsweise des Verlegers die Veröffentlichung der Dissertation und die Ablieferung der Pflichtexemplare genügend gesichert erscheinen.

§ 18

Urkunde und Vollzug der Promotion

- (1) ¹Sind die in § 17 genannten Voraussetzungen erfüllt, so stellt die BayNAT eine in deutscher Sprache abgefasste Urkunde über die bestandene Doktorprüfung aus. ²Zusätzlich wird eine englischsprachige Übersetzung erstellt.
- (2) Steht der Inhalt der Dissertation im Zusammenhang mit einer beabsichtigten oder erfolgten Patentanmeldung oder Veröffentlichung in wissenschaftlichen Zeitschriften, kann das Leitungsgremium auf begründeten Antrag der*des Doktorandin*Doktoranden bzw. der*des Betreuerin*Betreuers die Veröffentlichung der Dissertation bis zu 2 Jahre aussetzen, ohne dass der Vollzug der Promotion berührt wird.
- (3) ¹Die Urkunde bestätigt die erfolgreiche Promotion und enthält
 - den Namen der Universität und der BayNAT,
 - die Vor- und Zunamen der*des Promovierten, Geburtsdatum und Geburtsort,
 - den verliehenen akademischen Grad
 - den Titel der Dissertation,
 - das Datum der mündlichen Prüfung,
 - die Gesamtnote der Promotion,
 - den Namen und die Unterschrift der*des Präsidentin*Präsidenten der Universität Bayreuth und der*des Direktorin*Direktors der BayNAT
 - das Siegel der Universität Bayreuth.

²Bei Promotionen mit Fachhochschulen/HAWs (§ 20) ist auf der Urkunde auch die beteiligte Fachhochschule anzugeben. ³Das Datum der Urkunde ist das Datum des Kolloquiums.
- (4) ¹Die Urkunde wird zusammen mit der englischsprachigen Übersetzung von der*dem Direktor*in ausgehändigt. ²Mit der Aushändigung ist die Promotion vollzogen und die Promotion beendet; dadurch erhält die*der Doktorand*in das Recht, den Doktorgrad nach § 1 zu führen.

Abschnitt III: Ehrenpromotion

§ 19

Ehrenpromotion

- (1) ¹Das Ehrenpromotionsverfahren ist auf begründeten Antrag von mindestens drei Professor*innen der BayNAT gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 1 BayHIG einzuleiten. ²Der Antrag ist an die*den Direktor*in der BayNAT zu richten.
- (2) ¹Die*der Direktor*in leitet den Antrag an die Vorsitzenden der Leitungsgremien der BayNAT-Promotionsprogramme weiter und beruft diese zur Versammlung ein. ²Die Versammlung der Vorsitzenden der Leitungsgremien der BayNAT-Promotionsprogramme bestellt mindestens zwei fachlich zuständige Professor*innen der BayNAT gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 1 BayHIG zur Begutachtung der wissenschaftlichen Leistungen, die die zu ehrende Persönlichkeit erbracht hat. ³Die Gutachten sollen innerhalb von zwei Monaten erstellt werden. ⁴Wenn die Gutachten vorliegen, werden der Antrag und die Gutachten für acht Wochen in den Dekanaten der Fakultäten I und II der Universität Bayreuth für alle prüfungsberechtigten Lehrpersonen der BayNAT zur Einsicht ausgelegt. ⁵Die*der Direktor*in informiert alle prüfungsberechtigten Lehrpersonen der BayNAT über den Beginn der Auslage. ⁶Diese können innerhalb der Auslagefrist eine schriftliche Stellungnahme abgeben.
- (3) ¹Über die Verleihung des Ehrendoktorgrades entscheidet die Versammlung der Vorsitzenden der Leitungsgremien der BayNAT-Promotionsprogramme. ²Die Beschlussfassung erfolgt unter Würdigung der Gutachten und etwaiger Stellungnahmen gemäß Abs. 2 Satz 3.
- (4) ¹Präsident*in und Direktor*in vollziehen die Verleihung des Ehrendoktorgrades durch Überreichen einer Urkunde an die geehrte Persönlichkeit. ²In der Urkunde ist die wissenschaftliche Leistung der geehrten Persönlichkeit zu würdigen.

Abschnitt IV: Kooperation mit Fachhochschulen/Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW)

§ 20

Kooperation mit Fachhochschulen/ Hochschulen für Angewandte Wissenschaften(HAW)

¹Die BayNAT ermöglicht die kooperative Durchführung von Promotionen mit Fachhochschulen/HAWs sowie die Durchführung von Verbundpromotionen auf der Grundlage der Vereinbarung der bayerischen Hochschulen vom 19. Oktober 2015 im Rahmen der Regelungen dieser Promotionsordnung. ²Die Federführung im Rahmen kooperativer Promotionen und Verbundpromotionen liegt bei der Universität Bayreuth.

Abschnitt V: Binationale Promotion

§ 21

Allgemeines

- (1) ¹Der Doktorgrad kann auch im Rahmen einer gemeinsamen Betreuung mit einer ausländischen wissenschaftlichen Einrichtung (Partnereinrichtung) verliehen werden. ²Dies setzt voraus, dass
1. mit der Partnereinrichtung eine von der*dem Direktor*in und dem Leitungsgremium genehmigte Vereinbarung über die grenzüberschreitende gemeinsame Betreuung der Promotion abgeschlossen wurde,
 2. die Partnereinrichtung nach ihren nationalen Rechtsvorschriften das Promotionsrecht besitzt und der von ihr zu verleihende akademische Grad im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes anzuerkennen wäre,
 3. die*der Doktorand*in die Voraussetzungen für die Annahme zur Promotion und für die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren sowohl nach dieser Promotionsordnung (§§ 4, 9 und 10) als auch nach den entsprechenden Regelungen der Partnereinrichtung erfüllt.
- (2) ¹Die Dissertation wird durch eine*n Betreuer*in gemäß § 8 Abs. 1 und ein nach den dortigen Bestimmungen prüfungsberechtigtes Mitglied der Partnereinrichtung gemeinsam betreut und kann bei der BayNAT oder an der Partnereinrichtung vorgelegt werden. ²Die nähere Ausgestaltung der gemeinsamen Betreuung ergibt sich aus der Vereinbarung nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1. ³Eine Disser-

tation, die bereits vor Abschluss einer Vereinbarung nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bei einer der beteiligten Bildungseinrichtungen eingereicht und angenommen oder abgelehnt wurde, kann nicht Gegenstand eines gemeinsamen Promotionsprüfungsverfahrens sein.

- (3) Die Benotung der Promotionsleistungen erfolgt nach den Bestimmungen derjenigen Einrichtung, an der die Dissertation vorgelegt wird; die jeweils andere Einrichtung stellt die nach ihrer Promotionsordnung äquivalenten Noten fest.

§ 22

Prüfungsverfahren in der BayNAT an der Universität Bayreuth

- (1) ¹Soll die Dissertation in der BayNAT vorgelegt werden, gelten für die Dissertation und deren Beurteilung die §§ 12 und 13. ²Die Betreuer*innen der Dissertation nach § 21 Abs. 2 Satz 1 sollen in der Regel als Gutachter*innen bestellt werden.
- (2) ¹Ist die Dissertation im Verfahren nach § 13 angenommen, so wird sie der Partnereinrichtung zur Zustimmung über den Fortgang der Promotionsprüfung übermittelt. ²Erteilt die Partnereinrichtung diese Zustimmung, so findet die mündliche Prüfung gemäß §§ 14 und 15 statt. ³Soweit die*der Betreuer*in der Dissertation aus der Partnereinrichtung dem Prüfungsausschuss nicht gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 angehört, ist ihre* Bestellung zum Mitglied des Prüfungsausschusses oder die ersatzweise Bestellung eines anderen nach den dortigen Bestimmungen prüfungsberechtigten Mitglieds der Partnereinrichtung in der Vereinbarung nach § 21 Abs.1 Satz 2 Nr. 1 vorzusehen.
- (3) ¹Ist die Dissertation zwar in der BayNAT angenommen, die Zustimmung über den Fortgang der Prüfung aber von der Partnereinrichtung verweigert worden, so ist das gemeinsame Verfahren beendet; die Promotionsprüfung wird nach den Bestimmungen dieser Promotionsordnung fortgesetzt. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn die mündliche Prüfung seitens der Partnereinrichtung als nicht bestanden bewertet wird.
- (4) Die Veröffentlichung der Dissertation und die Ablieferung der Pflichtexemplare richten sich nach § 17 sowie den gemäß § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 getroffenen ergänzenden Vereinbarungen.

§ 23

Prüfungsverfahren an der Partnereinrichtung

- (1) ¹Soll die Dissertation an der Partnereinrichtung vorgelegt werden, findet das Prüfungsverfahren nach der Promotionsordnung der Partnereinrichtung Anwendung. ²In der Vereinbarung nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 ist die Bestellung der*des Betreuerin*Betreuers nach § 21 Abs. 2 Satz 1 aus

der BayNAT oder, soweit diese*dieser nicht herangezogen werden kann, einer anderen nach dieser Promotionsordnung prüfungsberechtigten Lehrperson aus der BayNAT als Gutachter*in zur Beurteilung der Dissertation vorzusehen.

- (2) ¹Wurde die Dissertation von der Partnereinrichtung angenommen, so wird sie der BayNAT zur Zustimmung über den Fortgang der Prüfung übermittelt. ²§ 13 Abs. 5 Sätze 4 bis 8 gelten entsprechend. ³Erteilt die BayNAT die Zustimmung, so findet die mündliche Prüfung an der Partnereinrichtung nach Maßgabe der dortigen Bestimmungen statt. ⁴In der Vereinbarung nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 ist vorzusehen, dass in diesem Fall die*der Betreuer*in nach § 21 Abs. 2 Satz 1 aus der BayNAT oder, soweit dies nicht möglich ist, ersatzweise eine andere nach dieser Promotionsordnung prüfungsberechtigte Lehrperson aus der BayNAT dem die mündliche Prüfung abnehmenden Gremium als Prüfer*in angehören muss.
- (3) ¹Wird die Dissertation zwar an der Partnereinrichtung angenommen, verweigert jedoch die BayNAT die Zustimmung zum Fortgang der Prüfung, so ist das gemeinsame Verfahren beendet. ²Die Promotionsprüfung kann nach den Bestimmungen der Partnereinrichtung fortgesetzt werden. ³Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn die mündliche Prüfung seitens der BayNAT als nicht bestanden bewertet wird.
- (4) ¹Für die Veröffentlichung der Dissertation und die Ablieferung der Pflichtexemplare gelten die für die Partnereinrichtung maßgebenden Bestimmungen. ²Die Vereinbarung nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 legt darüber hinaus fest, wie viele Exemplare der BayNAT zur Verfügung zu stellen sind; alternativ kann einer Veröffentlichung der Dissertation analog § 17 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 zugestimmt werden. ³In jedem Fall bleibt ein Exemplar der Dissertation bei den Prüfungsakten. ⁴Die Ausfertigung der gemäß § 24 auszustellenden Promotionsurkunde ist von der Erfüllung der Ablieferungspflichten abhängig zu machen.

§ 24

Gemeinsame Urkunde

- (1) ¹Nach dem erfolgreichen Abschluss eines gemeinsamen Promotionsprüfungsverfahrens wird von der BayNAT und der Partnereinrichtung eine gemeinsame Urkunde über die Verleihung des Doktorgrades ausgestellt, aus der sich ergibt, dass die Promotion in gemeinsamer Betreuung entstanden ist. ²Die Urkunde trägt die Unterschriften und Siegel, die nach den Bestimmungen dieser Promotionsordnung sowie den Bestimmungen der Partnereinrichtung erforderlich sind.
- (2) An Stelle einer gemeinsamen Urkunde können auch Einzelurkunden der BayNAT und der Partnereinrichtung treten, aus denen deutlich hervorgeht, dass beide Urkunden zusammen eine gemeinsame Promotionsurkunde darstellen.

- (3) Aus der gemeinsamen Promotionsurkunde geht hervor, dass die*der Promovierte berechtigt ist, in Deutschland den Doktorgrad gemäß § 1 Abs. 1 und in dem ausländischen Staat den dort verliehenen Doktorgrad zu führen.
- (4) ¹Das Nähere über die Ausgestaltung der Urkunde regelt die Vereinbarung nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1. ²Ihr ist auch die Notenäquivalenz zu entnehmen. ³Auf der gemeinsamen Promotionsurkunde soll die äquivalente ausländische Note mit entsprechender Kennzeichnung aufgeführt werden.

Abschnitt VI: Weitere Vorschriften, Inkrafttreten und Übergangsregelung

§ 25

Ungültigkeit der Promotion

- (1) ¹Ergibt sich vor Aushändigung der Urkunde, dass die*der Doktorand*in bei der Promotion getäuscht hat, so erklärt die*der Direktor*in alle bisher erworbenen Berechtigungen für ungültig und stellt das Verfahren ein. ²Die*der Direktor*in holt vor einer solchen Entscheidung eine Stellungnahme des Leitungsgremiums ein.
- (2) ¹Wird die Täuschung oder sonstige Rechtswidrigkeit erst nach Aushändigung der Urkunde bekannt, so kann die Doktorprüfung durch die*den Direktor*in nachträglich für nicht bestanden erklärt werden. ²Die*der Direktor*in holt vor einer solchen Entscheidung eine Stellungnahme des Leitungsgremiums ein. ³Die Entziehung des Doktorgrades richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften (Art. 48 BayVwVfG). ⁴Der*dem Betroffenen muss vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden (Art. 28 BayVwVfG). ⁵Hinsichtlich der Bestimmtheit, Form und Begründung der Entscheidung sind die Vorschriften über das Zustandekommen von Verwaltungsakten (Art. 35 ff. BayVwVfG) zu beachten.
- (3) ¹Bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten treffen Direktor*in und Leitungsgremium des betroffenen Promotionsprogramms gemeinsam ihre Entscheidung grundsätzlich erst, wenn die Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ ihren Bericht abgegeben hat. ²Haben Direktor*in und Leitungsgremium in besonderen Fällen bereits vorab entschieden, bleibt die weitere Befassung durch die Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ unberührt. ³Ein erklärter Verzicht auf den Doktorgrad hat keinen Einfluss auf die Einleitung und den Fortgang des Verfahrens nach den Sätzen 1 und 2.
- (4) Im Falle des Nichtbestehens der Doktorprüfung gemäß Abs. 2 Satz 1 ist die Promotionsurkunde einzuziehen.

- (5) Im Übrigen richtet sich der Entzug des Doktorgrades nach Art. 101 BayHIG in Verbindung mit den einschlägigen Vorschriften des BayVwVfG.

§ 26

Einsichtsrecht

¹Nach Beendigung der Promotion kann die*der Doktorand*in Einsicht in die Promotionsunterlagen nehmen. ²Die*der Direktor*in bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. ³Der Antrag ist binnen eines Monats nach Beendigung der Promotion bei der*dem Direktor*in einzureichen. ⁴In diesen wie auch anderen Fällen, in denen ein Einsichtsgesuch gestellt wird, richtet sich das Verfahren der Einsichtnahme nach Art. 29 ff. BayVwVfG.

§ 27

Berücksichtigung von Schutzbestimmungen

- (1) ¹Die Inanspruchnahme von Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes ist zu gewährleisten. ²Auf Antrag ist die Inanspruchnahme der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sowie der Zeiten für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinn von § 7 Abs. 3 des Pflegezeitgesetzes, die oder der pflegebedürftig im Sinn der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ist, zu gewährleisten. ³Die entsprechenden Nachweise sind zu führen; Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.
- (2) ¹Auf Fristen werden auf Antrag Zeiten nicht angerechnet, in denen die Promotion aus von der*dem Doktorandin*Doktoranden nicht zu vertretenden Gründen nicht oder nur sehr eingeschränkt betrieben werden kann. ²Die entsprechenden Nachweise sind zu führen; im Falle von Krankheit sind ärztliche Atteste vorzulegen. ³Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.

§ 28

Berücksichtigung besonderer Belange von Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung und in besonderen Lebenslagen

- (1) ¹Zur Wahrung ihrer Chancengleichheit ist auf die besonderen Belange von Bewerber*innen/Doktorand*innen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung im Sinne des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. ²Die*Der Direktor*in legt im Einvernehmen mit dem Leitungsgremium auf schriftlichen Antrag der*des Bewerbe-

rin*Bewerbers/der*des Doktorandin*Doktoranden nach der Schwere der nachgewiesenen Prüfungsbehinderung oder chronischen Erkrankung fest, in welcher Form die Prüfungsleistung zu erbringen ist bzw. gewährt eine Arbeitszeitverlängerung oder einen sonstigen Nachteilsausgleich. ³Der Nachweis der Prüfungsbehinderung oder der chronischen Erkrankung ist durch ein ärztliches Zeugnis zu führen, aus dem hervorgeht, dass wegen einer länger andauernden oder ständigen Behinderung oder einer chronischen Erkrankung die Prüfung ganz oder teilweise nicht in der vorgesehenen Form abgelegt werden kann. ⁴Der Antrag ist dem Antrag auf Annahme zur Promotion beizufügen. ⁵Wird der Antrag später eingereicht, gilt er nur für zukünftige Leistungen.

- (2) ¹Bewerber*innen /Doktorand*innen in besonderen Lebenslagen können bei der*dem Direktor*in einen Nachteilsausgleich entsprechend Abs. 1 beantragen. ²Über das Vorliegen einer besonderen Lebenslage und den Umfang des Nachteilsausgleichs entscheidet die*der Direktor*in im Einvernehmen mit dem Leitungsgremium.

§ 29

Inkrafttreten, Übergangsregelung

- (1) Diese Promotionsordnung tritt am 26. Januar 2021 in Kraft; gleichzeitig tritt die Promotionsordnung für die BayNAT vom 15. September 2017 (AB UBT 2017/068) außer Kraft.*)
- (2) ¹Für Doktorand*innen, die vor Inkrafttreten der Promotionsordnung für die BayNAT vom 15. September 2017 bereits eine Betreuungszusage erhalten haben, gilt weiterhin § 29 Abs. 2 der Promotionsordnung für die BayNAT vom 15. September 2017.

*) Die Sammeländerungssatzung vom 30. März 2023 beinhaltet folgende Inkrafttretensregelung:

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 31. März 2023 in Kraft.